

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: **Das Leben muss für alle bezahlbar sein – gerade in Krisenzeiten: Staatliche Preiskontrollen für Lebensmittel, Energie, Wärme, Heiz- und Kraftstoffe jetzt!**

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, Möglichkeiten und Instrumenten dafür zu sorgen, dass Leben für alle Menschen insbesondere in Krisenzeiten bezahlbar ist und hierzu mit dem gebotenen Nachdruck

1. gegenüber der Bundesregierung und im Bundesrat darauf hinzuwirken sowie selbst die Initiative zu ergreifen, damit bundeseinheitliche staatliche Preiskontrollen und eine effizient funktionierende Preisaufsicht für Lebensmittel, Waren des täglichen Grundbedarfs, Strom und Energie, Wärme- und Fernwärme sowie Brenn-, Heiz- und Kraftstoffe eingeführt und umgesetzt werden.
2. alle diesbezüglichen Initiativen, Vorschläge, Vorhaben und Umsetzungsschritte des Bundestages, der Bundesregierung und der anderen Bundesländer aktiv zu unterstützen.

Begründung:

Die seit dem Beginn des Ukraine-Krieges im Februar dieses Jahres exorbitant gestiegenen Verbraucher:innenpreise für Lebensmittel, Waren des täglichen Grundbedarfs, Strom, Energie, Wärme sowie Brenn-, Heiz- und Kraftstoffe machen mehr als deutlich, dass gerade in derartigen Krisensituationen der viel gepriesene „Markt“ es offenbar nicht mehr zu richten vermag, ein für alle langfristig bezahlbares Leben als eine Grundbedingung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu ermöglichen oder gar zu garantieren.

Dresden, den 10. Oktober 2022

- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

Umso wichtiger ist es daher, diese für die Lebensgestaltung der Allgemeinheit existentiellen wichtigen und der individuellen Daseinsvorsorge der Menschen dienenden Güter gerade in der gegenwärtigen höchst angespannten welt- und europaweiten Krisensituation eben nicht länger allein dem Markt und seiner freien Preisgestaltung zu überlassen. Es darf eben nicht länger sein, dass marktbeherrschende Konzerne und Unternehmen einerseits über maximale Preissteigerungen fette Profite einstreichen, während die davon betroffenen Menschen nicht mehr wissen, wie sie ihr alltägliches Leben bezahlen, ihre Wohnung heizen und ihre Strom- und Tankrechnung begleichen sollen.

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE müssen daher schleunigst neue Instrumente und Steuerungsmodelle her, um den derzeit krisenbedingten, rasanten Teuerungen und Preissteigerungen in den vorgenannten Bereichen schnell und nachhaltig Einhalt zu gebieten.

Hierbei sei auch darauf verwiesen, dass noch bis zum Juli 2007 eine im Interesse der Verbraucher:innen liegende, bundesweit funktionierende Strompreisaufsicht der Bundesländer etabliert war, in deren Rahmen die bis dato geplanten Preiserhöhungen der Energieunternehmen durchweg genehmigungspflichtig waren. Diese Aufsicht wurde unter der seinerzeitigen großen Koalition von CDU/CSU und SPD auf Bundesebene gegen alle Kritik ersatzlos abgeschafft mit der Folge seither - weil vollständig unreguliert - immer weiter steigender Strompreise.

Dem folgend würde gerade in den o. g. wesentlichen Bereichen die Einführung staatlicher Preiskontrollen ein wirksames Instrument darstellen, mit dem der Staat auf die Preisbildung sowohl durch direkte, nicht marktkonforme Maßnahmen und indirekte, marktkonforme Maßnahmen als auch durch die Festlegung von Festpreisen, Höchstpreisen oder Mindestpreisen aktiv Einfluss nehmen soll. Dies alles dient dem Ziel und dem Zweck, eine für alle Menschen bezahlbares Leben zu gewährleisten.

Daher sieht die Fraktion DIE LINKE die Staatsregierung in der unmittelbaren politischen Verantwortung, im Interesse der in Sachsen lebenden Menschen die hierfür erforderlichen Schritte auf der Bundesebene auf den Weg zu bringen. Dazu soll sie dem Antragsbegehren folgend gegenüber der Bundesregierung und im Bundesrat mit Nachdruck darauf hinwirken, schnellstens bundeseinheitliche staatliche Preiskontrollen und eine effizient funktionierende Preisaufsicht für Lebensmittel, Waren des täglichen Grundbedarfs, Strom und Energie, Wärme- und Fernwärme sowie Brenn-, Heiz- und Kraftstoffe einzuführen sowie dem entsprechende Initiativen, Vorschläge, Vorhaben und Umsetzungsschritte des Bundestages, der Bundesregierung und der anderen Bundesländer aktiv unterstützen.